

CDU-Fraktion in der Gemeindevertretung Hohenstein

Sebastian Reischmann
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein

Gemeinde Hohenstein			
Eingang 30. Okt. 2017 <i>ny</i>			
1	2	3	Kasse

30. Oktober 2017

**An den Vorsitzenden der
Gemeindevertretung Hohenstein
Herrn Horst Enders
c/o Gemeinde Hohenstein
Schwalbacher Straße 1
65329 Hohenstein**

Antrag zur Sitzung der Gemeindevertretung Hohenstein am 13. November 2017: Einführung des Hohensteiner Familiengelds

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hohenstein beschließt die Einführung des Hohensteiner Familiengelds für Eltern mit Kindern zwischen dem vollendeten ersten und dem vollendeten dritten Lebensjahr. Das Hohensteiner Familiengeld wird zum 1. August 2018 eingeführt und beträgt 400 Euro pro Monat für das erste und 450 Euro pro Monat für jedes weitere Kind, das nicht in einer Kindertageseinrichtung betreut wird.

Begründung:

Die wahrscheinlich größte durch politische Entscheidungen verursachte soziale Ungerechtigkeit findet tagtäglich im Bereich der Kinderbetreuung statt.

Dadurch, dass der Staat über Bundes-, Landes- und/oder kommunale Mittel massiv die Betreuungseinrichtungen finanziell unterstützt und damit die KITA-Plätze in großem Umfang subventioniert, findet eine starke Steuerung statt, die die Wahlfreiheit der Eltern desavouiert. Finanziell ist es aufgrund der vielfältigen Fördermittel und Zuschüsse fast irrational und ökonomisch unvernünftig, wenn man seine Kinder in den ersten drei Lebensjahren selbst betreut und dies nicht dem Staat und damit der Allgemeinheit aufbürdet.

Wenn Kinderlose die Kinderbetreuung über ihre Steuern finanzieren ist es angesichts der Leistungen, die Eltern für Staat und Gesellschaft erbringen, absolut gerechtfertigt. Im Vergleich zu Kinderlosen sind trotz des Art. 6 GG und trotz entsprechender Urteile des Bundesverfassungsgerichts beispielsweise zur Beitragsgestaltung in den sozialen Sicherungssystemen, die von der Politik leider bisher ignoriert wurden, Familien mit Kindern finanziell ohnehin sehr stark benachteiligt.

In den letzten Jahren hat die Politik durch die Ausweitung der Zuschüsse für KITAs neben dieser Ungerechtigkeit jedoch noch zusätzlich eine neue Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung innerhalb der Gruppe der Familien mit Kindern geschaffen. Die Familie, die ihre Kinder selbst betreut, zahlt die Subventionen für die staatliche Kinderbetreuung der doppelt verdienenden Nachbarn mit. Der Staat gibt für Tageseltern sehr viel Geld aus, also für Menschen, die fremde Kinder betreuen, während Eltern leer ausgehen, wenn sie ihre eigenen Kinder betreuen. Auch familien- und gesellschaftspolitisch verfehlen die Maßnahmen ihr Ziel. Studien z.B. vom europäischen Zentrum für

Wirtschaftsforschung belegen, dass die Zahl der Geburten durch den Ausbau und die Bezuschussung der staatlichen Kinderbetreuung sinkt, da sich zwar nicht weniger Menschen für Kinder entscheiden, sich aber immer mehr Eltern gegen das zweite oder dritte Kind entscheiden. Hier liegt eines der Hauptprobleme bei der Fertilitätsrate.

Inzwischen merken wir die Auswirkungen dieser falschen Subventionspolitik, da durch die Subventionen der KITA-Plätze die Nachfrage logischerweise stark ansteigt. Aus Sicht der CDU-Fraktion in Hohenstein ist das eine untragbare Situation. Wir fordern eine wirklich moderne und liberale Familienpolitik, bei der der Staat keine präferierten Lebensmodelle vorgibt und diese ideologiesteuert durch massive finanzielle Anreize durchsetzt. Sinnvoller ist es aus unserer Sicht, wenn der Staat Familien grundsätzlich finanziell unterstützt und damit zumindest einen Teil dessen auffängt, was Familien für Staat und Gesellschaft leisten. Aber der Staat sollte hier keine Lenkungsrolle übernehmen und in die privaten Entscheidungen der Familien reinregieren. Freiheit statt Sozialismus muss leider auch 2017 immer wieder neu erkämpft werden.

Daher führen wir für die Familien in Hohenstein das Hohensteiner Familiengeld ein, um dieser Ungerechtigkeit und der gesellschaftspolitisch falschen Anspruchshaltung des Staates, die privaten Lebensentscheidungen der Familien in Hohenstein steuern zu wollen, im Rahmen unserer Möglichkeiten ein Ausgleichssystem entgegen zu setzen. Gegeben die aktuellen Kosten ist - vorsichtig kalkuliert - ein Betrag von 450€ bis 500€ pro Kind und Monat als kommunale Leistung an die Eltern problemlos möglich. Die Eltern können dann über die Verwendung dieses Geldes selbst und frei entscheiden. Wie sie damit ihr Privat-/Familienleben gestalten möchten, geht die Politik bzw. den Staat nicht im Mindesten etwas an. Der Staat hat die Aufgabe, Familien zu unterstützen und den Menschen nicht politisch fragwürdigen links-ideologischen Denkschulen entspringende Lebensmodelle über zu stützen.

Sebastian Reischmann
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender